



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau
Luise Amtsberg, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM *A.* Dezember 2014

BETREFF **Schriftliche Fragen Monat November 2014**

HIER Arbeitsnummern 11/171, 172

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Ole Schröder

Schriftliche Frage der Abgeordneten Luise Amtsberg
vom 24. November 2014
(Monat November 2014, Nummern 11/171, 172)

Fragen

- 1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den konkreten Operationsplan der Frontex-Operation Triton, und inwiefern werden die Vorgaben der Seeaußengrenzenverordnung (VERORDNUNG (EU) Nr. 656/2014), insbesondere zur Seenotrettung und dem Grundsatz der Nichtzurückweisung, darin umgesetzt?*
- 2. Unterstützt die Bundesregierung den in der Sitzung des Strategischen Ausschusses für Einwanderung, Grenzen und Asyl am 13./14. November 2014 gemachten Vorschlag Italiens, dass die Frontex-Operation Triton mit Ägypten kooperieren soll, und wenn ja, zu welchem Zweck (bitte begründen)?*

Antwort

Zu 1.

Der Bundespolizei liegt der Operationsplan der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX zu deren Joint Operation Triton vor. Auf die Verordnung (EU) 656/2014 nimmt der Operationsplan dabei umfangreich Bezug und setzt die darin enthaltenen Regelungsinhalte dezidiert und umfassend um.

Zu 2.

Italien hat in der Sitzung des Strategischen Ausschusses für Einwanderung, Grenzen und Asyl am 13./14. November 2014 mitgeteilt, dass es im Rahmen der von FRONTEX koordinierten Operation „Triton“ eine Zusammenarbeit mit Ägypten anstrebe. Deutschland hat sich hierzu nicht geäußert. Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Rahmen von FRONTEX-koordinierten Maßnahmen ist nach Artikel 14 (6) der FRONTEX-Verordnung möglich. Weitere Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.